



Grünes Bündnis  
 Stadt Bern  
 Postfach 6411  
 Neubrückestrasse 17  
 3001 Bern  
 Tel. 031 301 82 09  
 Fax 031 302 88 78  
 info@gbbern.ch  
 www.gbbern.ch  
 PC 30-37923-6

# gb.links

- **Volksvorschlag «Steuersenkungen mit Augenmass»**
- **Zäme läbe, zäme schtimme**
- **Kampagne Euro 08 gegen Frauenhandel**



The Spirit of Kippel

## Mit viel Elan ins Wahljahr 2008

GB-Mitglieder gut gelaunt am «Kippelgipfel 08» im Lötschental; u.a. GB-Präsidentin Natalie Imboden, Gemeinderätin Regula Rytz, Nationalrätin Therese Frösch und viele mehr. Mit von der Partie auch die JA!-Stadträtinnen Anne Wegmüller und Lea Bill sowie Mathe Florin von den Jungen Grünen.

Immer im Januar, wenn die Mächtigen dieser Welt in Davos ihre persönlichen Interessen optimieren, geht auch das Grüne Bündnis in Klausur. Anders als beim Weltwirtschaftsforum sind Sicherheitsmassnahmen am «Kippelgipfel» nur bei wilden Schlittelfahrten nötig und statt VIP-Apéros stehen engagierte Diskussionen, «Goût Mieux»-Schlemmereien und Schneeballschlachten auf dem Programm. Reisten vor 15 Jahren rund zwanzig GB-Mitglieder ins Lötschental, so ist das Interesse Jahr für Jahr gewachsen. Mit über 60 TeilnehmerInnen platze der Gemeindesaal in Kippel aus allen Nähten. Erfreulich sind vor allem die vielen neuen und jungen Mitglieder, die sich im GB engagieren. Als stärkste Sektion der Grünen Kanton Bern ist das GB also weiterhin auf – nachhaltigem – Wachstumskurs.

Der Schwerpunkt der GB-Politik liegt 2008 auf der kommunalen Ebene. Im November

werden Parlament und Regierung in der Stadt Bern neu gewählt. Die bürgerlichen Parteien sind gewillt, die RotGrünMitte-Mehrheit mit der «Sense niederzumähen» (FDP-Stadtrat Müller in der BZ). Sachlich betrachtet sieht die Bilanz der letzten Jahre sehr viel besser aus als in der veröffentlichten Meinung. Die Stadt Bern befindet sich in einem dynamischen Stadtentwicklungsschub. Neben neuen Wohnquartieren (Brünnen, Weissenstein) werden auch neue Dienstleistungszonen mit guter öV-Anbindung geschaffen. Jahr für Jahr realisiert die Stadt mehr Kita-Plätze, Spitex-Angebote, Tempo-30- und Begegnungszonen; Kornhaus-, Casino-, Bundes- und Bahnhofplatz wurden aufgewertet, die Bildungs- und Integrationsangebote verstärkt, ein Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit umgesetzt, mehr Geld in die Kultur investiert, Arbeitsplätze geschaffen und der Service public gestärkt. Das GB hat zur positiven Bilanz von RotGrünMitte sehr viel beigetragen und vor allem im Bereich der Umwelt-, Energie- und Ver-

kehrspolitik, aber auch bei den sozialen Fragen, die Lebensqualität in der Stadt Bern verbessert. Das wollen wir weiterhin tun.

Denn noch sind längst nicht alle Probleme gelöst. Im Gegensatz zu Zürich oder Basel besteht die Gemeinde Bern vor allem aus einem Stadtkern, in dem sich zwei Drittel der (oft steuerbefreiten) Arbeitsplätze der ganzen Region, aber auch Dienstleistungen, kulturelle Angebote und Verkehrsbelastungen konzentrieren. Die damit verbundenen Probleme der Übernutzung, aber auch die Finanzierung der Kernstadtaufgaben machen uns immer mehr zu schaffen. Da mit der Revision des kantonalen Lastenausgleichs eher Verschlechterungen als Verbesserungen anstehen, droht die Stadt Bern im nationalen Städtenetz geschwächt zu werden. Daher müsste Bern wie die Stadt Luzern einen Zusammenschluss mit den umliegenden Gemeinden anstreben (www.luzernplus.ch). Nur mit der richtigen Struktur kann der Wachstumsmotor Bern

langfristig gesichert und sozial und ökologisch betrieben werden.

An dieser Vision will das GB in diesem Jahr arbeiten. Selbstverständlich stehen aber auch Aktionen, Unterschriftensammlungen (z.B. für das kantonale AusländerInnenstimmrecht) und Abstimmungen an. Eine der wichtigsten findet bereits am 24. Februar statt: Mit dem Volksvorschlag der rotgrünen Parteien sollen Steuersenkungen im Kanton bei Familien statt bei den höchsten Einkommen und Vermögen umgesetzt werden (s. Rückseite). Dies ist auch für die Stadt Bern der einzig verkraftbare Weg. Weitere Steuersenkungen à la FDP dagegen würden zu einschneidendem Leistungsabbau führen. Es braucht viel GB-Energie, um blühende Stadtwiesen vor Motorsägen und Sensen zu schützen. Helfen Sie mit!

Regula Rytz  
 www.regularytz.ch

### AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern  
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

### gb.links

- So, 10.2., 18 und 20 Uhr, Kino Cinématte, Bern. **Filmvorführung: «Die lange Brücke»**. Infos auf: [www.patrickcollaud.ch](http://www.patrickcollaud.ch)
- Mo, 24.3., ab 13 Uhr, Eichholz, Wabern/Bern. **Ostermarsch «Gerechtigkeit schafft Sicherheit»**.
- Sa, 16.2., 13.30–16.30 Uhr, Bildungszentrum WWF, Bollwerk 35, Bern. **Informationsveranstaltung** von Peace Watch Switzerland und Peace Brigades International zu Menschenrechtsbeobachtung und Friedensförderung.
- Fr/Sa, 4./5.4., Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, Zürich. **Kongress: Gleichstellung in den Städten**. Infos und Anmeldung auf: [www.equality-in-towns.ch](http://www.equality-in-towns.ch)

### Abstimmungen vom 24.2.08

<b>Stadt Bern</b>	
Neuer Infrastrukturstandort Forsthaus West	JA
Zonenplan Ausserholligen III	JA
<b>Kanton</b>	
Steuergesetz: Grossratsvorlage Volksvorschlag «Steuersenkungen mit Augenmass»	NEIN
Stichfrage	<b>Volksvorschlag</b> JA
Einführung Schuldenbremse	NEIN
<b>Bund</b>	
Volksinitiative gegen Kampffjettlärm in Tourismusgebieten	JA
Unternehmenssteuerreformgesetz II	NEIN

### gb.tipp



### Kampagne Euro 08 gegen Frauenhandel

#### Opfer von Frauenhandel haben kaum Rechte und sind ungenügend geschützt

Eine Kampagne von einer breiten Koalition aus Hilfswerken, Beratungsstellen, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen soll dies ändern!

Weltweit werden jedes Jahr geschätzte 2,5 Millionen Menschen Opfer von Menschenhandel, 80 Prozent von ihnen sind Frauen und Mädchen. Die Schweiz ist eines der Zielländer für Frauenhandel. VermittlerInnen versprechen den Betroffenen eine sichere, gut bezahlte Arbeit – stattdessen warten Ausbeutung und Zwangsarbeit. Bei Polizeikontrollen werden Betroffene meist wegen illegalen Aufenthalts sofort ausgeschafft. Auch wenn sie als Opfer von Frauenhandel erkannt werden, haben sie kein langfristiges Aufenthaltsrecht. Sie dürfen nur bleiben, wenn sie bereit sind, gegen die TäterInnen auszusagen und auch dann nur so lange, wie das Verfahren läuft. Zurück im Herkunftsland sind die Betroffenen nicht selten Stigmatisierungen und Rache ausgesetzt.

Die Kampagne gegen Frauenhandel startet am 8. März und findet im Vorfeld und während der Euro 08 statt. Mehr Infos auf: [www.frauenhandeleuro08.ch](http://www.frauenhandeleuro08.ch)

### Talon

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Adresse: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_  
 e-mail: \_\_\_\_\_

Ich bestelle \_\_\_ Expl. Unterschriftenbogen für die Initiative «Zäme läbe, zäme schtimme».

Ich werde Mitglied beim Grünen Bündnis. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Ich möchte mich aktiv engagieren beim Grünen Bündnis. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

### Impressum

Redaktionsschluss gb.links 2/2008: 13. März.  
 Redaktion: Reto Moosmann, Karin Jenni, Natalie Imboden.  
 Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

### gb.bewegt

**Frauenpolitik**  
 Montag, 11. Februar, 19 Uhr,  
 GB-Sekretariat

**Ökologie**  
 Montag, 18. Februar, 19 Uhr,  
 GB-Sekretariat

**Internationales und Migration**  
 Kontakt: Martin Wälchli,  
 internationales-migration@gbbern.ch

**Bildung (kantonale AG)**  
 Kontakt: Corinne Schärer,  
 corinne.schaerer@vpodbern.ch

**Nationale Politik**  
 Kontakt: Hasim Sancar,  
 sancars@bluewin.ch

**Leitender Ausschuss**  
 Mittwoch, 13. Februar, 20 Uhr,  
 GB-Sekretariat

# Ja zur Fairness – Ja zum Volksvorschlag



**Diese Abstimmung müssen wir gewinnen! Die Abstimmung vom 24. Februar über die Steuergesetzrevision des Grossen Rates und den Volksvorschlag ist eine wichtige Weichenstellung: Ermöglichen wir dem Kanton Bern attraktive Zukunftsperspektiven – oder gelangen wir unvermittelt aufs Stumpengeleise der sozialen Kälte?**

Die Steuergesetzrevision des Grossen Rates ist eine kompromisslose Vorlage. Deshalb haben unter der Federführung der Grünen zahlreiche Organisationen mit dem Volksvorschlag einen verantwortungsvollen Gegenvorschlag dazu formuliert. Mit dem Volksvorschlag werden die vom Grossen Rat beschlossenen Steuersenkungen auf jenen Bereich beschränkt, wo Handlungsbedarf besteht: Familien und Leute mit kleineren und mittleren Einkommen. Der Volksvorschlag weicht in folgenden Punkten von der Vorlage des Grossen Rates ab:

- **Gezielte Senkung der Einkommenssteuer:** Der Volksvorschlag beschränkt die Senkung der Einkommenssteuer auf kleinere und mittlere Einkommen. Auf Steuergeschenke für Spitzenverdiener wird verzichtet.
- **Höherer Kinderabzug:** Familien werden heute im Kanton Bern steuerlich besonders hoch belastet. Um diese Mehrbelastung gezielt zu korrigieren, bringt der Volksvorschlag eine deutlichere Erhöhung des Kinderabzuges als die Vorlage des Grossen Rates.
- **Vermögenssteuer:** Der Volksvorschlag limitiert die Vermögenssteuersenkung. Diese ist finanzpolitisch nicht zu verantworten und begünstigt vor allem Steuerpflichtige mit sehr grossen Vermögen.

Damit reduziert der Volksvorschlag die Steuerausfälle der öffentlichen Hand gegenüber der Vorlage des Grossen Rates um jährlich 51 Mio. Franken.

**Leistungsabbau verhindern**  
Ende der 1980er Jahre trieben ideologisch motivierte Steuersenkungen den Kanton Bern in die Schuldenwirtschaft. Ein grosser Teil der 11 Mia. Franken Schulden, die Bern in dieser Zeit anhäufte, ist auf diese Fehlentscheide zurückzuführen. Die Folgen waren ein massiver Abbau öffentlicher Leistungen. Ein Rückfall in diese dunklen Zeiten muss verhindert werden. Denn ein Leistungsabbau – sei es beim öffentlichen Verkehr, der Bildung oder der familienergänzenden Kinderbetreuung – würde die Lebensqualität und die Standortattraktivität im Kanton Bern nachhaltig beeinträchtigen.

**Angespannte Finanzlage**  
Wie angespannt die Finanzlage des Kantons heute ist, zeigt folgendes Beispiel: Als Sparmassnahme hat der Regierungsrat beschlossen, die Gemeinden zur Mitfinanzierung der Krankenkassenprämien von Sozialhilfeberechtigten zu verpflichten. Bei den Gemeinden führt diese unvermittelte Praxisänderung zu einer finanziellen Mehrbelastung von durchschnittlich 1,1 Steueranlagezentheln (sic!). Es darf aber nicht sein, dass wegen unsozialen Steuersenkungen beim Kanton die Gemeinden in die finanzpolitische Bredouille getrieben werden.

**Steuersenkungsspirale durchbrechen**  
Mit dem Volksvorschlag kann der unheilvollen Steuersenkungslogik entgegengetreten werden. Nur mit einem Erfolg wird es uns gelingen, SVP und FDP von neuen Steuersenkungsbegehren abzuhalten. Dafür braucht es am 24. Februar ein Ja zum Volksvorschlag, ein Nein zur Vorlage des Grossen Rates und ein Kreuzchen beim Volksvorschlag in der Stichfrage.

**Mitmachen bei der Kampagne**  
Damit wir die Abstimmung gewinnen können, braucht es in den nächsten Wochen viel Engagement. Bitte beteiligt euch an der Abstimmungskampagne und überzeugt Kolleginnen und Kollegen von einem Ja zum Volksvorschlag. Zu diesem Zweck haben wir attraktive Abstimmungsmaterialien produziert (siehe Beilage), die ihr auf [www.volksvorschlag.ch](http://www.volksvorschlag.ch) oder auf dem Sekretariat bestellen könnt. Vielen Dank.

Blaise Kropf, Ko-Präsident Grüne Kt. Bern



**Zäme läbe, zäme schtimme**  
Im Kanton Bern haben die Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene kein Stimm- und Wahlrecht. Obwohl viele Städte wie Bern, Biel und Moutier dies einführen möchten, dürfen sie nicht, weil die kantonale Verfassung es ihnen verbietet. (Im Grossrat wurden in den vergangenen drei Jahren diesbezüglich zwei Vorstösse knapp abgelehnt.) Die Initiative «Zäme läbe, zäme schtimme», die von den Grünen Kanton Bern am 11. Januar mit lanciert wurde, will eine Verfassungsänderung, welche die Gemeindeautonomie stärken soll. Die politischen Gemeinden sollen die Möglichkeit erhalten, das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einzuführen, falls sie das wollen. Bis am 11. Juli 2008 müssen dafür 15 000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Diese Initiative ist Ausdruck des demokratierechtlichen Anliegens, dass Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz, seit fünf Jahren im Kanton Bern und seit drei Monaten in der gleichen Einwohnergemeinde wohnen, bei den politischen Prozessen mitwirken können. Partizipation findet erst dann ihre Bedeutung, wenn Pflichten und Rechte in einem Gleichgewicht stehen. Ausländerinnen und Ausländer zahlen Steuern, also gebührt ihnen auch das Recht, darüber zu bestimmen, wie ihre Steuergelder investiert und ausgegeben werden. Die ausgeprägte Gemeindeautonomie, wie sie die Schweiz kennt, kann mit dem Stimm- und Wahlrecht besonders viel zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern beitragen.

Hasim Sancar, Stadtrat GB  
[www.zaemeschimme.ch](http://www.zaemeschimme.ch)

## gb.bildung

**Integratives Oberstufenmodell – Vergangenheit oder Zukunft?**  
In der Stadt Bern steht in einzelnen Schulkreisen die Schliessung von Oberstufenklassen zur Diskussion (z. B. Lorraine, Kleefeld). Dies wird mit sinkenden SchülerInnenzahlen begründet. Im Kleefeld und in der Lorraine ist damit aber ausgerechnet das integrative Oberstufenmodell vier gefährdet, bei dem alle Kinder dieselbe Klasse besuchen und dort nach Sekundar- und Realniveau unterrichtet werden. Das Grüne Bündnis hat sich in den letzten Jahren intensiv mit den Chancen auseinandergesetzt, die eine integrative Schule für die Förderung und Entwicklung der Kinder bietet (siehe [www.integrativeschule.ch](http://www.integrativeschule.ch)). Gerade auch im Hinblick auf die Umsetzung des Integrationsartikels im kantonalen Volksschulgesetz wäre es unverständlich, wenn die wertvollen Erfahrungen mit dem Modell vier verloren gingen.  
In der Lorraine haben sich besorgte Eltern mit einer Petition für den Erhalt ihrer Gesamtschule gewehrt und die Schulkommission hat entschieden, dass die Oberstufenmodelle im Schulkreis Breitenrain-Lorraine nun vorerst beibehalten werden. Mit einer Interpellation im Stadtrat möchte nun das GB genauer wissen, wie sich die Prognosen für die SchülerInnenzahlen zusammensetzen und ob diese auch den geplanten Veränderungen in den Quartieren, z. B. Schaffung von mehr Wohnraum, Rechnung tragen. Andererseits fragt das GB nach, welchen Beitrag der Gemeinderat zum Erhalt integrativer Schulmodelle leisten will. Für das GB ist klar, dass eine Lösung gefunden werden muss, um das integrative Modell vier in der Stadt Bern zu erhalten.

Christine Michel, Stadträtin GB  
Corinne Schärer, Grossrätin Grüne

## gb.stadtrat

An der ersten Sitzung des Stadtrates im neuen Jahr wurde das Präsidium und die Vizepräsidien neu besetzt. Einstimmig wurde **Urs Frieden** zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Wir gratulieren ihm herzlich! Turnusgemäss hat das GB im Jahr 2010 Anspruch auf das Stadtratspräsidium, das durch Urs Frieden mit einem GB-Politiker besetzt werden kann, der im Rat über die Parteigrenzen hinaus geschätzt wird. Im Jahr 2002 hatte **Annemarie Sancar** als erste Vertreterin des GB in der Stadt Bern dieses Amt inne.

Grüne Köpfe: Urs Frieden, GB-Stadtrat

# Grüne Karte für Nachhaltigkeit



**Als aktiver 80er-Bewegler landete Urs Frieden 1981 bei der WOZ. Seine journalistische Karriere führte über das Schweizer Fernsehen und die BZ ins Ringier Pressehaus. Heute engagiert sich der 51-Jährige beruflich und politisch für nachhaltige Entwicklung. Er ist in der AG Ökologie des GB, im Beirat der Lokalen Agenda 21 und im Vorstand von «Läbigi Stadt». Am bekanntesten ist Urs Frieden aber als Gründer des im Sportbereich aktiven Vereins «Gemeinsam gegen Rassismus», der den Fantreff «HalbZeit» betreibt.**

**Du gehörst zu den sportlichsten Mitgliedern des Berner Stadtrats. Gibt es Ähnlichkeiten zwischen Sport und Politik?**  
Es gibt zahlreiche Parallelen. Aber letztlich ist der Sport direkter und effizienter. Nehmen wir Blocher: In der Politik brauchte es vier Jahre, um ihn abzuwählen. Im Fussball sähe er nach vier Minuten die rote Karte.

Und sein komischer Bruder käme wegen des Sackmessers nicht einmal ins Stadion.

**Du hast Theologie studiert. Übernehmen heute die Medien die Rolle der Religion in der Deutung der Welt?**

Es waren zwar nur zwei Semester, aber die Antwort fällt mir nicht schwer: So, wie sich die Medien derzeit entwickeln, werden sie die Welt definitiv nicht mehr deuten können, und schon gar nicht Gratiszeitungen, die im Tram herumliegen.

**Die EURO 08 steht bevor. Dank dem GB haben Umwelt und Schutz der Quartierbevölkerung einen hohen Stellenwert. Gibt es «grüne» Spiele in Bern?**  
Grüne Spiele im engeren Sinn gibt es nie. Selbst wenn die Alternativliga auf der Allmend kickt, bleibt einiges liegen. Aber Bern hat viel vorgekehrt, damit sich Emissionen aller Art in Grenzen halten. Beim Mehrweg-

geschirr werden nicht-sportliche Events sogar von den Erfahrungen der EURO profitieren. Und im Wankdorf wird auf Jahre hinaus professionelle Fanarbeit aufgebaut.

**Als Stadtrat setzt du dich für alternative Energien ein. Die Atomlobby will aber neue AKW bauen. Was braucht es, dass die Stadt Bern ihren Verbrauch durch erneuerbare Energien decken kann?**

Wir dürfen jetzt vor allem keine Zeit mehr verlieren. Gerade im Solarbereich haben wir viel Terrain verloren. Deshalb hat das GB per Postulat eine Solar-Offensive für Bern lanciert. Auch im Minergiebereich und bei den Sparanreizen gibts noch viel Potenzial.

**Du präsidierst dieses Jahr die Planungs- und Verkehrskommission. Was sind die wichtigsten Projekte in der nächsten Zeit?**

Wir erleben jetzt in Brünnen und auf dem Bahnhofplatz das Ende einer langen Bauphase. Danach wird uns die Eröffnung des Neufeld-Tunnels, damit verbunden das Verkehrsregime in der Länggasse und auf dem Bahnhofplatz, sowie die Realisierung des Tram Bern West beschäftigen. Alles in allem grosse Projekte in schneller Abfolge, wenn man bedenkt, dass auch Klee-Museum und Wankdorf-Stadion in diese Phase gehören.

**Deine drei politischen Goals für 2008?**  
Eine strahlende Regula Rytz unter dem Baldachin, eine tolle EURO mit viel Holland und wenig Zwischenfällen – und im November erfolgreiche Gemeindevahlen für die beste Partei der Welt.

Interview: Natalie Imboden